

Protokollauszug

aus der

3. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität vom 24.10.2019

öffentlich

Top 4.1 BE zum Lückenschluss im Uferweg Speicherstadt (gem. Beschluss zur DS 19/SVV/0738)

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) führt aus, dass an dieser Stelle eine städtebauliche Entwicklung mit einem öffentlichen Uferweg von ca. 200 m Länge realisiert werden soll. Nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum Bebauungsplan Nr. 36-1 erfolgt die Suche nach einem Investor, der das städtebauliche Konzept umsetzt und die öffentlichen Grün- und Verkehrsflächen erstellt. Baubeginn ist 2019. Die Fertigstellung voraussichtlich 2022.

Im Ergebnis der Prüfung einer möglichen provisorischen Querung des Baugeländes während der Baumaßnahme kann folgendes mitgeteilt werden: Der Uferweg erfordert eine Munitionssuche und ggf. –bergung. Gemäß der Mängelanzeige des Wasserstraßen und Schifffahrtsamtes ist die vorhandene Uferbefestigung nicht standsicher – in diesem Bereich ist eine provisorische Verbindung während des Bauens technisch nicht möglich.

Die Variante der Querung des privaten Baufeldes mit einem bedachten Fußgängertunnel von etwa 200 m Länge berührt fünf laufende Baustellen, was zu Baubehinderungen führt, da die Fußgänger auf Baufahrzeuge und umgekehrt warten müssen. Eine Rettungszuwegung ist nicht gewährleistet. Wegen Sicherheitsbedenken sowohl vom Investor, als auch von der Landeshauptstadt Potsdam, ist diese Variante abzulehnen. Auch besteht kein Vergleich zu der Lösung an der Garnisonkirche, mit einem Tunnel von ca. 30 m im öffentlichen Raum, da in diesem keine weiteren Bauarbeiten laufen, weswegen ein Rettungsweg immer gewährleistet ist. An dieser Stelle liegen im Gegensatz zur Speicherstadt keine Sicherheitsbedenken vor.

Eine Öffnung dieses Uferweges ist demnach erst nach Abschluss der Baumaßnahme möglich. Zudem ist die Ausweichstrecke über die Gehwege der Leipziger Straße und der Heinrich-Mann-Allee mit der Entfernung jeglicher Hindernisse barrierefrei.

Herr Finken bestätigt die Aussage zur Barrierefreiheit der Ausweichstrecke, die ihm durch einen Anwohner, der auf den Rollstuhl angewiesen ist, bestätigt wurde.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.